

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

18. WP - 21. Sitzung

am Mittwoch, dem 15. Januar, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)	Vorsitzender
Astrid Damerow (CDU)	
Volker Dornquast (CDU)	i.V. von Rainer Wiegard
Birte Pauls (SPD)	
Regina Poersch (SPD)	
Jürgen Weber (SPD)	
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i.V. von Rasmus Andresen
Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Heiner Garg (FDP)	i.V. von Dr. Ekkehard Klug
Angelika Beer (PIRATEN)	
Jette Waldinger-Thiering (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung der Planungen der Europa-Union von Veranstaltungen im Rahmen der Europawoche (Kordinierung mit dem Europaausschuss)	5
2. Blaues Wachstum - marines und maritimes Wachstum - Chance für Schleswig-Holstein	8
Antrag der Fraktion CDU Drucksache 18/257	
Blaues Wachstum - Zukunft Meer	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/408 - selbstständig -	
3. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen	10
Berichterstatterin: Abg. Regina Poersch (SPD)	
4. EU-Strukturfonds	11
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1217	
hierzu: Umdruck 18/2203	
5. Gespräche mit den muslimischen Verbänden und der alevitischen Gemeinde	14
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1022	
6. a) Prüfung der Wahrung der Subsidiarität	15
hierzu: Umdruck 18/2233	

b) Prüfung der Wahrung der Subsidiarität: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 515/97 vom 13. März 1997 über die gegenseitige Amtshilfe zwischen Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit dieser Behörden mit der Kommission im Hinblick auf die ordnungsgemäße Anwendung der Zoll- und der Agrarregelung

Antrag der Abg. Regina Poersch (SPD)

hierzu: [Umdruck 18/2199](#)

Frühwarndokument 18/134

7. Bundesratsangelegenheiten	17
Umdruck 18/2194	
8. Verschiedenes	18

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorstellung der Planungen der Europa-Union von Veranstaltungen im Rahmen der Europawoche (Koordinierung mit dem Europaausschuss)

Herr Döring, der Vorsitzende der Europa-Union Schleswig-Holstein, führt in die Thematik ein. Die Europa-Union sei in diesem Jahr nicht nur mit der anstehenden Europawahl beschäftigt, sondern plane generell, verstärkt im Bereich der Bildungsarbeit tätig zu sein. Man sei daran interessiert, intensiver Bildungsarbeit in den Schulen zu leisten. In diesem Rahmen gebe es die Veranstaltungsreihe „Deine Zukunft - Deine Meinung“. - Frau Menze, die Geschäftsführerin der Europa-Union, erläutert Details zu den Veranstaltungen. Ein neues Konzept in diesen Veranstaltungen sei, dass man die Debatte mit den Politikerinnen und Politikern ans Ende des jeweiligen Ereignisses lege, zuvor würden zunächst Schwerpunkte erarbeitet.

Weiterhin gebe es - so setzt Herr Döring seine Erläuterungen fort - auch im Bereich der Lehrerbildung gemeinsam mit dem IQSH Veranstaltungen zum Thema Europa. Er weist auch auf die geplante „Europa-Radtour“ zu Bürgerrechten in Europa hin, die ein Versuch sei, mediale Aufmerksamkeit für das wichtige Thema Europa zu erlangen.

Frau Menze ergänzt, dass die Europa-Radtour im Zusammenhang mit der Europawoche durchgeführt werden solle und einen Versuch darstelle, von einem strengen Vortragskonzept wegzukommen. Junge Menschen sollten dabei auf mehreren Stationen in Kiel Informationen über Europa - zum Beispiel beim ULD - sammeln und schließlich die gesammelten Informationen mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik erörtern, idealerweise bei einem zentralen Termin, zum Beispiel im Landeshaus. Geplant sei, um circa 11 Uhr an dem Veranstaltungstag, dem 20. Mai 2014, zu starten, um 13:30 Uhr solle die Veranstaltung beendet sein, um 12:30 Uhr könne eine Auswertungsveranstaltung im Landeshaus stattfinden.

Herr Döring skizziert die für die zweite Jahreshälfte geplanten Veranstaltungen. Dort sei unter anderem die Durchführung eines Journalisten-Workshops ins Auge gefasst, bei dem vorgesehen sei, Europathemen stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Weiterhin seien, ähnlich wie in den vergangenen Jahren, Botschafterveranstaltungen mit dem griechi-

schen beziehungsweise italienischen Botschafter geplant. Ziel sei dabei auch, von einem reinen Vortrag über die jeweiligen Ratspräsidentschaft wegzukommen und durch die Gewinnung von interessanten Koreferenten aktuelle politische Themen zu debattieren.

Ergänzend weist Herr Döring auf eine mit Herrn Snower geplante Veranstaltung und auf eine Veranstaltung mit dem Präsidenten der Europa-Union Deutschland, Herrn Wieland, hin. Es seien dabei verschiedene Formate denkbar, unter anderem ein Parlamentarierfrühstück. - Der Vorsitzende regt an, entsprechende Termine auch mit den schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten zu koordinieren und frühzeitig mit dem Ausschuss abzustimmen.

Abg. Poersch greift die von Herrn Döring erwähnte Idee einer Parlamentariergruppe auf und spricht auch die Botschaftergespräche an. Bei dem Termin mit dem dänischen Botschafter sei konkret das Thema feste Fehmarnbelt-Querung erörtert worden. Des Weiteren thematisiert sie die Frage, inwieweit es möglich sei, Veranstaltungen mit Schülern kurz vor einer Wahl, in diesem Fall konkret der Europawahl, durchzuführen. Der Ausschuss kommt überein, die Landesregierung zu bitten, den Abgeordneten entsprechende Regelungen oder Erlasse des Bildungsministeriums zur Verfügung zu stellen.

Abg. Damerow plädiert dafür, sich mit der Frage von Schulbesuchen insgesamt und auch fraktionsübergreifend im Vorfeld von Wahlen auseinanderzusetzen und möglichst zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

Abg. Dr. Garg begrüßt ebenfalls die von der Europa-Union vorgestellten Projekte. Er regt an, im Rahmen der von der Europa-Union geplanten Fahrradtour gegebenenfalls das Thema Menschenrechte und konkret die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen mit einzubeziehen, da es in diesem Bereich in einigen Staaten Europas noch Nachholbedarf gebe.

Zur Anmerkung von Abg. Dr. Garg erläutert Frau Menze, dass man sich im Hinblick auf die Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften mit dem HAKI e. V. in Verbindung gesetzt habe. Sie weist auch auf das Vorbereitungstreffen hin, das in der darauffolgenden Woche geplant sei, woraufhin der Vorsitzende auf die zeitgleich stattfindende Plenartagung verweist.

Abg. Beer regt an, zu der für den 20. Mai 2014 geplanten Veranstaltung gegebenenfalls eine Videoschaltung nach Kaliningrad durchzuführen. Eine Thematisierung von Bürgerrechten halten sie darüber hinaus ebenfalls für sehr wünschenswert, ein Fokus könne auch auf der Flüchtlingsproblematik liegen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Blaues Wachstum - marines und maritimes Wachstum - Chance für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion CDU

[Drucksache 18/257](#)

Blaues Wachstum - Zukunft Meer

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/408](#) - selbstständig -

(überwiesen am 13. Dezember 2012 an den **Europaausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke](#) [18/629](#), [18/664](#), [18/665](#), [18/693](#), [18/698](#), [18/704](#), [18/731](#),
[18/827](#), [18/866](#), [18/867](#), [18/876](#), [18/877](#), [18/878](#), [18/879](#),
[18/881](#), [18/882](#), [18/885](#), [18/901](#), [18/909](#), [18/915](#), [18/916](#),
[18/962](#), [18/1099](#), [18/1175](#), [18/1179](#), [18/1180](#), [18/1201](#),
[18/1209](#), [18/1251](#), [18/1583](#)

Einleitend in die Thematik weist Herr Müller-Beck, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, darauf hin, dass das Leben unter Wasser viel weniger erforscht sei, als das Leben über Wasser. Aus diesem Grunde fokussiere sich die Landesregierung auf das Thema Blaues Wachstum. Schleswig-Holstein sei im Hinblick auf meerespolitische Aktivitäten auch im internationalen Vergleich recht weit vorn. Dabei gehe es auch um ökonomische und ökologische Entwicklungen beziehungsweise Belange. Einige wichtige Bereiche im Rahmen des Blauen Wachstums seien der Küstentourismus, Blaue Energie, Aquakultur und maritime Biotechnologie. Seit fünf Jahren seien entsprechende wirtschaftliche Akteure auch im Maritimen Cluster gebündelt.

Abg. Damerow unterstreicht die Bedeutung des Themas Blaues Wachstum für das Land Schleswig-Holstein. Sie interessiert, inwieweit es wirtschaftliche Möglichkeiten für die Aquakultur, insbesondere an der Westküste, gebe. Ihrer Kenntnis nach gebe es dazu auch eine Studie der Landesregierung.

Staatssekretär Müller-Beck führt dazu aus, dass die Studie im Umweltministerium und im Wirtschaftsministerium vorliege. Er sagt dazu, die Studie dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Abg. Poersch interessiert, inwieweit eine Einbindung in eine nationale Strategie aus Sicht der Landesregierung hilfreich sei. - Staatssekretär Müller-Beck weist darauf hin, dass ein nationaler Masterplan gut sei, aber für die Umsetzung auf regionaler Ebene zu allgemein bleibe. Aus diesem Grunde müsse man sich auf thematische Schwerpunkte fokussieren und diese auf die regionale Ebene herunterbrechen.

Auf einer weitere Frage der Abg. Damerow hinsichtlich des Wunsches einer besseren Abstimmung zwischen Regierungshandeln und Akteuren aus der Wirtschaft weist Staatssekretär Müller-Beck auf die erfolgreiche Initiative „Zukunft Meer“ der Landesregierung und auf die Arbeit des maritimen Koordinators, Herrn Dr. Herzig, hin.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der PIRATEN empfiehlt der Ausschuss in Übereinstimmung mit dem mitberatenden Wirtschaftsausschuss dem Landtag die Annahme des Antrags, [Drucksache 18/257](#), in der durch die [Drucksache 18/408](#) geänderten Fassung.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht aus dem Ausschuss der Regionen (AdR)

Berichterstatterin: Abg. Regina Poersch (SPD)

Abg. Poersch berichtet aus den Beratungen des Ausschusses der Regionen (AdR). Insgesamt sei die 104. Sitzung des Ausschusses der Regionen nicht so glatt gelaufen wie andere Sitzungen. Während der Beratungen habe es einige auch für Schleswig-Holstein relevante Themen gegeben. Ein Diskussionspunkt seien EU-Leitlinien für staatliche Beihilfen für kleinere Flughäfen und Luftfahrtunternehmen gewesen. Ein weiteres wichtiges Thema sei die Fortentwicklung der EU-Hafenpolitik gewesen. Der AdR halte in diesem Zusammenhang die Regelung im Wege einer Richtlinie für geeigneter als die einer Verordnung. Mit der Frage des Mehrwerts makroregionaler Strategien habe sich der AdR ebenfalls befasst. Er habe festgestellt, dass es in mehrfacher Hinsicht einen Nutzen dieser Strategien gebe. Bei der Entschließung zu den politischen Prioritäten des Ausschusses der Regionen für das Jahr 2014 auf der Grundlage des Legislativ- und Arbeitsprogramms der Europäischen Union habe es Diskussionen gegeben, weil diesmal die Fraktion der EKR und damit die Fraktion der Eurokritiker federführend gewesen sei. Es seien rote Linien zum Beispiel bei den Themen Banken und Entsenderichtlinie eingezogen worden, sodass diese Themen gar nicht erst beraten werden sollten. Das habe es bisher nicht gegeben. Ende des Monats werde die 105. Plenartagung in Brüssel stattfinden. Kurz umreißt Abg. Poersch die Themen der kommenden Sitzung, die als Liste auch vom Hanse-Office zur Verfügung gestellt würden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

EU-Strukturfonds

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/1217](#)

(überwiesen am 22. November 2013 an den **Finanzausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse)

hierzu: [Umdrucke 18/2203](#), [18/2366](#)

Ministerin Spoorendonk führt in die Thematik ein (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift). Sie weist auf die Inhalte der Landtagsdebatte vom 22. November 2013 hin.

Der Vorsitzende regt an, aufgrund des teilweise erheblichen Zeitverzugs bei der Zurverfügungstellung von Unterlagen eine parallele Übersendung in elektronischer Form an die Ausschussgeschäftsführung durchzuführen. - Abg. Damerow bittet darum, Informationen über europäische Förderprogramme dem Europaausschuss standardmäßig zur Verfügung zu stellen.

Herr Tretbar-Endres, Referent im Referat für aktive Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsmarktförderung und Europäischer Sozialfonds im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, trägt die Schwerpunkte der ESF-Förderung (siehe Anlage 2 zu dieser Niederschrift) vor.

Herr Sandbrink, Leiter des Referats Verwaltungsbehörde im ELER im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, erläutert vertiefend die Inhalte des [Umdrucks 18/2366](#).

Herr Balduhn, Leiter des Referats Regional- und Strukturpolitik, EFRE, GRW, EU-Angelegenheiten im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, stellt die Schwerpunkte des EFRE vor (siehe Anlage 3 zu dieser Niederschrift).

Auf eine Frage des Abg. Dr. Garg zum Aspekt der Fachkräftesicherung und des Fachkräftemangels insbesondere in Pflege- und Gesundheitsberufen führt Herr Tretbar-Endres aus, dass das Thema Pflege und Gesundheitsberufe auch im Hinblick auf den Fachkräftebedarf eine Rolle spiele, es gebe in dem Programm jedoch keine spezielle Ausrichtung auf bestimmte

Branchen. Es gebe aber Ideenwettbewerbe, zum Beispiel im Hinblick auf Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Man wolle diese ausschreiben, um die Qualifizierung in dem genannten Bereich zu fördern. Es müsse gleichzeitig jedoch eine Abgrenzung zu den Bundes-ESF-Programmen stattfinden, die ebenfalls den Bereich der Sozialwirtschaft betreffen.

Auf eine Frage des Abg. Voß zu den von den Vertretern der Landesregierung angesprochenen Leistungsreserven führt Herr Tretbar-Endres aus, dass für die Leistungsreserve ein Leistungsrahmen definiert werden müsse, welche Ziele im Jahr 2018 erreicht worden sein sollten. Wenn diese Ziele erreicht würden, werde die Leistungsreserve ausgezahlt. Sie werde bisher jeweils auf die einzelne Prioritätsachse hin ausgerichtet zurückgehalten, und zwar in Höhe von 6 %. Offen sei zurzeit noch, ob die Zielwerte, die bis 2018 angegeben werden müssten, auch die Leistungsreserve umfassen sollten. Es sei auch bisher ungeklärt, ob es eine Änderung des Programms bewirke, wenn die Leistungsreserve ausgezahlt werde. Insgesamt seien in diesem Bereich noch Fragen mit der Kommission zu klären.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Tietze zu der Möglichkeit, die Antragsqualität aller Hochschulen auf einem ähnlich hohen Niveau zu gewährleisten, führt Herr Stiegler, stellvertretender Leiter des Referats Europapolitik am Standort Kiel im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, aus, dass die Beantragung von Mitteln von den Universitäten und Fachhochschulen selbst organisiert werden könne, diese auch einen Sitz im Ausschuss hätten und das Land selbst nicht Programmpartner sei. Das Land selbst habe keine Kapazitäten, die Anträge mit zu gestalten. Die Bitte müsse sich vielmehr an die Programmpartner beziehungsweise Antragsteller richten.

Ministerin Spoorendonk unterstreicht, dass die Programmpartner mit der neuen Förderperiode auch stärker strategisch denken müssten und weniger stark lokal.

Abg. Damerow interessiert sich für die Mittel, die für Integrierte Territoriale Investitionen (ITI) vorgesehen seien, unter anderem für die Investitionspriorität, die vorsehe, 15 Millionen € in dem Schutz, die Förderung und die Entwicklung des Kultur- und Naturerbes zu investieren.

Herr Balduhn unterstreicht, dass man bei den ITI Westküste davon ausgehe, dass Projektideen vor Ort entwickelt würden. Natur- und Kulturerbe sollten touristisch genutzt werden, da es sich beim EFRE um ein Wirtschaftsförderungsprogramm handele. Die Kunst sei, die Investitionsprioritäten vor Ort entsprechend auszugestalten.

Auf eine weitere Frage der Abg. Damerow zur Fertigstellung der Förderrichtlinien führt Herr Balduhn aus, dass man beim EFRE die Förderrichtlinien so vorbereite, dass man damit zu einem realistischen Zeitpunkt die Genehmigung erreichen könne. Realistisch sei das Ende des zweiten Quartals. - Ministerin Spoorendonk weist auf die anstehende Europawahl und die damit verbundenen Verzögerungen hin.

Abg. Voß interessiert sich für die Leistungsreserven im Bereich des EFRE und des ELER. - Herr Balduhn führt aus, dass beim EFRE die Leistungsreserve in dem Betrag enthalten sei, die aber nach dem gleichen System, das Herr Tretbar-Endres geschildert habe, zunächst zurückgehalten werde. Aufgabe der Landesregierung sei, bereits jetzt im Programm darzulegen, nach welchen Indikatoren entschieden werde, welcher Bereich der jeweiligen Prioritätsachse so gut gelaufen sei, dass die Leistungsreserve eingesetzt werden könne. Diese Lösung sei ein Verhandlungserfolg der Mitgliedstaaten gewesen, da von der Kommission ursprünglich geplant gewesen sei, die Leistungsreserve europaweit zu vergeben. In dem Fall hätten mehrere hundert Programme miteinander um die Leistungsreserve konkurriert. - Herr Sandbrink ergänzt zur Frage von Abg. Voß zur Leistungsreserve, dass diese mitprogrammiert worden sei und diese bei Zielerreichung im Jahr 2018 in den verschiedenen Bereichen zum Einsatz komme.

Auf die Frage der Abg. Damerow zur Fertigstellung der Förderrichtlinien kündigt Herr Sandbrink für den ELER an, dass diese wahrscheinlich zum zweiten Quartal 2014 vorliegen würden.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Tietze zum Einsatz revolvingender Fonds führen die Vertreter der Landesregierung aus, dass diese für den ELER und den ESF nicht vorgesehen seien, im EFRE seien drei revolvingende Fonds geplant.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Gespräche mit den muslimischen Verbänden und der alevitischen Gemeinde

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/1022](#)

(überwiesen am 13. Dezember 2013 zur abschließenden Beratung)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden kommt der Ausschuss überein, die Beratungen des Innen- und Rechtsausschusses dazu abzuwarten und im Februar darüber abzustimmen, da es sich seiner Ansicht nach um eine fehlerhafte Überweisung handele.

Abg. Poersch regt an, gegebenenfalls eine gemeinsame Sitzung durchzuführen.

Der Ausschuss kommt überein, eine Beschlussfassung auf die Februarsitzung zu verschieben.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

hierzu: [Umdruck 18/2233](#)

b) Prüfung der Wahrung der Subsidiarität: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 515/97 vom 13. März 1997 über die gegenseitige Amtshilfe zwischen Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit dieser Behörden mit der Kommission im Hinblick auf die ordnungsgemäße Anwendung der Zoll- und der Agrarregelung

Antrag der Abg. Regina Poersch (SPD)

hierzu: [Umdruck 18/2199](#)

Frühwarndokument 18/134

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Prüfung der Wahrung der Subsidiarität, [Umdruck 18/2233](#), zur Kenntnis.

Herr Jenzen, Leiter des Referats Umsatzsteuer, Erbschaftssteuer, Bewertung, sonstige Verkehrssteuern, Spielbankabgabe und AIS im Finanzministerium, führt in die Thematik ein und weist darauf hin, dass Zollangelegenheiten Bundessache seien. Die Europäische Union plane, Kompetenzen im Bereich des Zollrisikomanagements, zum Beispiel durch die Einrichtung von Datenbanken, an sich zu ziehen. Der inzwischen vorgelegte Bericht des Bundesfinanzministeriums gehe in eine ähnliche Richtung wie das Frühwarndokument der Landesregierung. Die Bundesregierung habe, auch wenn noch keine abschließende Bewertung vorliege, gewisse Subsidiaritätsbedenken. Die Bundesregierung zweifle an, dass der Aufbau einer Doppelstruktur, die jetzt im Raum stehe, sinnvoll sei, um regionale Risiken und nationale sowie lokale Besonderheiten angemessen zu berücksichtigen. Eine abschließende Bewertung, ob die von der Europäischen Union geplante Regelung sinnvoll sei, falle dem Bund zu, aber auch der Bundesrat werde sich mit dieser Thematik noch befassen.

Von Abg. Dr. Tietze auf datenschutzrechtliche Aspekte angesprochen weist Herr Jenzen auf die Zuständigkeit des Europäischen Datenschutzbeauftragten und die einschlägige EU-Datenschutzverordnung hin. Bei der Errichtung einer Datenbank müsse sichergestellt sein, dass nur ein eingeschränkter Kreis von Personen darauf Zugriff nehmen könnten.

Abg. Poersch stellt die Frage in den Raum, inwieweit sich in Schleswig-Holstein mit den aufgeworfenen Fragen im Hinblick auf die Bundeszuständigkeit überhaupt befassen könne und inwieweit eine solche Befassung vor dem Hintergrund der für Schleswig-Holstein wichtigen Hafenwirtschaft notwendig sei. - Herr Jenzen weist darauf hin, dass seiner Ansicht nach eine entsprechende Befassung in den Bundesratsausschüssen stattfinden werde.

Abg. Damerow regt an, sich in der kommenden Sitzung erneut mit dem Thema der grundsätzlichen Befassung mit Frühwarndokumenten zu beschäftigen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zu Frühwarndokument 18/134 zur Kenntnis und beschließt, aufgrund der Bundeszuständigkeit keine Subsidiaritätsbedenken zu äußern. - Die Landesregierung sagt zu, dem Ausschuss die Termine für die Bundesratsbefassung zur Verfügung zu stellen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bundesratsangelegenheiten

[Umdruck 18/2194](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage der Landesregierung zu Bundesratsangelegenheiten zur Kenntnis.

Er kommt darüber hinaus überein, die Landesregierung aufzufordern, ihm eine Liste des Abstimmungsverhaltens der Landesregierung im Bundesrat zur Verfügung zu stellen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt, seine für den 21. Mai 2014 vorgesehene Sitzung auf den 28. Mai 2014 und die für den 11. Juni 2014 geplante Sitzung auf den 2. Juli 2014 zu verschieben.

Frau Schmidt-Holländer, Leiterin des Europareferats der Landtagsverwaltung, skizziert die bisherigen Planungen zu der Veranstaltung zur Kieler Woche, die als Ostseejugendveranstaltung stattfinden solle. Geplant sei die Entwicklung eines Ostseejugendforums, das längerfristig etabliert werden solle. Ein erstes kleines Ostseejugendforum könne im Rahmen der kommenden Kieler Woche durchgeführt werden, zumal Haushaltsmittel bereits in den Haushalt eingestellt seien.

Der Ausschuss kommt überein, in seiner Sitzung am 12. Februar 2014 das bis dahin voraussichtlich vorliegende schriftliche Konzept zu diskutieren und dazu gegebenenfalls vorhandene Nachfragen zu stellen, um den Ablauf möglichst zu beschleunigen.

Abg. Damerow regt an, gegebenenfalls eine informelle Runde beim Landtagspräsidenten vor einem Gespräch im Ausschuss durchzuführen, um den Ablauf zu beschleunigen.

Abg. Pauls bittet darum, eine Terminübersicht der Minderheitengremien zu erhalten. - Frau Schmidt-Holländer sagt zu, die entsprechenden Termine dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Abg. Damerow plädiert dafür, die Europaministerin in den Ausschuss einzuladen und sich einen Bericht zu den vergangenen und zukünftigen Europaministerkonferenzen erstatten zu lassen. Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 12:10 Uhr.

gez. Peter Lehnert
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer